

21./VII. 1917

96

* Die Versorgung Berlins mit Gemüse und Obst. In einer stark besuchten Versammlung erhoben gestern die Berliner Fruchtgroßhändler Einspruch gegen die handelsfeindliche Politik der Stadt Berlin. Der Grund zu dem Einspruch ist nach dem „B. Z.“ in einer Mitteilung des Berliner Magistratsrats Dr. Gordan an den Vorsitzenden des Vereins der Fruchtgroßhändler zu suchen, in der angedroht worden sei, daß der Großhandel, nachdem er sich als unfähig erwiesen habe, Berlin mit Gemüse zu versorgen, vom Groß-Berliner Markte ausgeschaltet werden solle.

Dieser Vorwurf treffe auch nicht im entferntesten zu, denn den Gemüsegroßhändlern wären durch die Ausfuhrverbote im Reiche die Hände gebunden und sie könnten nichts tun. Der Präsident der Reichsstelle für Obst und Gemüse Herr v. Tilly, der der Versammlung beiwohnte, führte aus, daß er gerade von einer Reise aus Süddeutschland zurückgekommen sei. Er könne auf das bestimmteste die Erklärungen abgeben, daß im ganzen Deutschen Reiche jetzt sämtliche Ausfuhrverbote für Gemüse bis auf einen Bezirk im Bereiche des II. Armeekorps aufgehoben worden wären. Es stände zu hoffen, daß auch dieser letzte Bezirk sein Ausfuhrverbot in den nächsten Tagen fallen ließe. Er würde unter keinen Umständen dulden, daß auf Gemüse Ausfuhrverbote bestehen bleiben. Eine Zwangswirtschaft lehne er weit von sich ab, denn er wolle lediglich mit dem Handel arbeiten. In Süddeutschland sei Gemüse zur Genüge vorhanden. Er habe dem Magistrat Berlin wiederholt geraten, Händler auszusuchen und Gemüse aufzukaufen zu lassen, die Reichsstelle könne dies nicht tun, denn das sei nicht ihre Aufgabe. Die Kommunen müßten dies in die Hand nehmen. In Hamburg, Köln, Stuttgart, München usw. wäre auf den Märkten reichlich Gemüse zu finden. Es sei Aufgabe jeder Stadtverwaltung, Gemüse heranzuschaffen, und dazu müßte sich die Stadt des bewährten Handels bedienen. Herr v. Tilly empfiehlt dem Verein, sich mit dem Magistrat in Verbindung zu setzen, sich von ihm Ausweise geben zu lassen und dann sofort hinauszugehen und das in Massen vorhandene Gemüse auch nach Berlin hereinzuholen. Es müsse natürlich Vorkehrungen getroffen werden, daß beim Eintreffen des Gemüses das Hamstern für den Winter ausgeschaltet würde. Die Redner begrüßten lebhaft den Standpunkt des Herrn v. Tilly und erklärten, daß sie schon längst Gemüseeinkaufsfahrten gemacht hätten, wenn Magistratsrat Dr. Gordan ihnen nicht Schwierigkeiten bereitet hätte. Es wurde beschlossen, eine Kommission an den Berliner Magistrat zu senden, die wegen der in Aussicht gestellten Androhung der Ausschaltung vorstellig werden und die gleichzeitig mit dem Magistrat wegen der Gemüseversorgung und Ausstellung von Genehmigungsscheinen zum Einkauf von Gemüse unterhandeln soll.

Es wäre zu wünschen, daß der Berliner Magistrat zu den immer wiederkehrenden Behauptungen, er tue von sich aus zu wenig für die Versorgung des Berliner Marktes, durch eine ausführliche Darlegung der Verhältnisse klipp und klar Stellung nähme. Heute teilt das Nachrichtenamt des Magistrats Berlin folgendes mit: Der Deutsche Städte-Tag hat eine Umfrage darüber veranstaltet, in welchen Städten der Obst- und Gemüseangel besonders stark hervorgetreten ist. Das Ergebnis soll den Reichsbehörden mitgeteilt werden, um den Antrag auf Verbesserung des Systems der Obst- und Gemüseversorgung zu begründen.

Ferner teilt uns die „Reichsstelle für Gemüse und Obst“ mit: Die nicht ausreichende Versorgung des Berliner

Marktes findet im Süden und Westen Deutschlands, wo die Ernte besser ausgefallen ist, in immer weiteren Kreisen aufrichtige Anteilnahme. Dies geht aus zahlreichen Zuschriften an die „Reichsstelle für Gemüse und Obst“ hervor. So teilt die Fürstin Hohenlohe aus Langenburg in Württemberg mit, daß sie allwöchentlich eine Waggonladung mit Gemüse nach Berlin senden wird. Das ist eine erfreuliche Kunde, denn bisher hat man von allem anderen als „aufrichtige Anteilnahme“ für Berlin aus dem Reiche gehört.